

## 2. Einstellungen von Frauen und Männern zur Europäischen Union im Spiegel von Bevölkerungsumfragen

Politische Einstellungen als Merkmale von Individuen sind in der Politikwissenschaft eingebettet in die Analyse der politischen Kultur. Nach der klassischen Definition von Almond und Verba umfasst diese als subjektive Dimension die Gesamtheit aller politisch relevanten Meinungen, Einstellungen und Werte der Mitglieder einer Nation, die im Rahmen des politischen Sozialisationsprozesses geprägt und übermittelt werden.<sup>13</sup> Während die politikwissenschaftliche Forschung den Einstellungen der Bürgerinnen und Bürger zur europäischen Integration lange Zeit keine besondere Aufmerksamkeit schenkte, trat insbesondere seit Mitte der 1990er Jahre ein Wandel ein, wofür der Kompetenzgewinn der EU im Zuge der Verträge von Maastricht (1992) und Amsterdam (1997) sicherlich mit ein Anlass war. Nach Trüdinger lässt sich der heutige Forschungsstand wie folgt zusammenfassen:

Analysiert werden „vor allem die Legitimität der EU und die generelle Akzeptanz des Integrationsprojekts durch die Bevölkerung [...], oft verbunden mit der Diskussion um die demokratische Qualität der Union [...]. Relativ wenige Forschungsarbeiten setzen sich mit den Einstellungen der Bürger zu Bereichen der materiellen EU-Politik oder mit der öffentlichen Meinung zu einzelnen EU-Institutionen auseinander, viele Analysen überprüfen hingegen die Relevanz verschiedener Determinanten der Unterstützung der EU oder fragen nach der Existenz und der Notwendigkeit einer europäischen Identität.“<sup>14</sup>

Gemeinsam ist diesen Forschungen, dass die Geschlechterperspektive so gut wie keine Rolle spielt. Die Frage, ob sich Frauen und Männer in ihren Einstellungen gegenüber der EU möglicherweise unterscheiden und wenn ja, worin das begründet sein könnte, ist somit noch weitgehend ungeklärt. Im Kontext dieses Buches soll zumindest der Versuch unternommen werden, einen ersten Einblick in dieses brach liegende Forschungsfeld zu gewinnen, wobei der Fokus auf den Einstellungen gegenüber den Strukturen des politischen Systems der EU liegt.<sup>15</sup> Nachge-

13 Vgl. Almond/Verba 1963.

14 Trüdinger 2008: 216. In diesem Aufsatz gibt Trüdinger einen fundierten Überblick zur Entwicklung der europabezogenen Einstellungen mit empirischen Daten bis zum Jahr 2006.

15 Geschlechtsspezifische Einstellungen zur inhaltlichen Politikgestaltung der EU (policy-Ebene) bleiben somit außer Acht. Gleichwohl eröffnet sich auch hier noch ein lohnenswertes Forschungsfeld.

gangen wird im Geschlechtervergleich unter anderem dem Institutionenvertrauen, der Zufriedenheit mit der europäischen Demokratie sowie den Einstellungen zur EU-Mitgliedschaft und Unionsbürgerschaft. Vorangestellt werden diesen Ausführungen Erkenntnisse über Orientierungen zur eigenen politischen Rolle.

Die empirische Basis bilden die repräsentativen Bevölkerungsumfragen von Eurobarometer. Da diese halbjährig durchgeführten Umfragen bei den Antworten auf die Standardfragen allerdings nicht kontinuierlich nach Geschlecht differenzieren, sind Zeitreihenvergleiche nur sehr eingeschränkt möglich. Präsentiert werden im Folgenden somit stets die *zuletzt* nach Geschlecht erhobenen Daten, die – sofern vorhanden – um Vergleichszahlen aus vorherigen Jahren ergänzt werden.<sup>16</sup> Da ferner eine Aufschlüsselung nach Geschlecht *und* Mitgliedstaaten in den Umfragen von Standard Eurobarometer nahezu gänzlich fehlt, muss ein systematischer Ländervergleich in diesem Kapitel unterbleiben.<sup>17</sup>

## 2.1 Politisches Interesse und Wissen über die Europäische Union

Für das Verständnis der Einstellungen von Frauen und Männern zur Union ist es zunächst aufschlussreich, einen Blick auf die Orientierungen gegenüber der eigenen politischen Rolle zu werfen. Niedermayer stellt hierzu fest:

„Die grundlegende Voraussetzung dafür, dass sich die Bürger überhaupt mit politischen Vorgängen beschäftigen und sich am politischen Leben beteiligen, ist ein mehr oder minder stark ausgeprägtes Selbstverständnis als politischer Akteur.“<sup>18</sup>

Das politische Interesse und das subjektive beziehungsweise objektive politische Wissen stellen in der empirischen Sozialforschung zwei zentrale Konzepte dar, um dieses Selbstverständnis zu untersuchen. Betrachtet man zunächst das politische Interesse, dann zeigt sich nach dem Index von Eurobarometer<sup>19</sup>, dass im Frühjahr 2010 europaweit insgesamt nur für 14 Prozent der Befragten ein hohes politisches Interesse typisch ist; für gut zwei Fünftel (43 Prozent) findet sich ein durchschnittliches und für knapp ein Viertel (24 Prozent) ein niedriges Interesse.

16 Weitere soziodemographische Merkmale der Befragten (unter anderem Alter und berufliche Position) werden von Eurobarometer nicht nach Geschlecht getrennt ausgewiesen; insofern nehmen die folgenden Ausführungen darauf keinen Bezug.

17 Für die wissenschaftliche Forschung wäre es daher wünschenswert, wenn Eurobarometer zukünftig im tabellarischen Anhang die Antworten auch stets nach Geschlecht ausweisen würde.

18 Niedermayer 2005a: 20.

19 Dieser Index wurde erstmals in der Eurobarometer-Umfrage vom Frühjahr 2010 erstellt. Er beruht auf der Auswertung der von den Befragten angegebenen Häufigkeit der Gespräche mit Freunden oder Verwandten über lokale, nationale und europäische politische Angelegenheiten. Vgl. zur Indexbildung Eurobarometer 73: 104f.

Demgegenüber zeigt sich knapp ein Fünftel (19 Prozent) gar nicht politisch interessiert. **Das politische Interesse von Frauen fällt dabei durchweg niedriger aus als das der Männer**, wobei die größte Differenz mit sechs Prozentpunkten bei den politisch Desinteressierten besteht (vgl. Tabelle 2.1).<sup>20</sup>

Tabelle 2.1: Index Politisches Interesse 2010 nach Geschlecht (in Prozent)

|        | Hoch | Durchschnittlich | Niedrig | Gar nicht |
|--------|------|------------------|---------|-----------|
| EU-27  | 14   | 43               | 24      | 19        |
| Frauen | 12   | 41               | 25      | 22        |
| Männer | 16   | 46               | 22      | 16        |

Quelle: Standard Eurobarometer 73 (Frühjahr 2010).

Die Eurobarometer-Umfrage listet an dieser Stelle zwar auch die einzelnen Länderergebnisse auf, verzichtet aber auf eine weitere Differenzierung nach Geschlecht. Auskunft darüber gibt aber die Nachwahlbefragung von Eurobarometer für das Jahr 2009 (EB 71.3). In diesem Fall sollten die Befragten der Aussage „Sie sind sehr interessiert an Politik“ zustimmen beziehungsweise diese ablehnen. Wie Tabelle 2.2 zeigt, waren danach im EU-Durchschnitt knapp zwei Fünftel der Befragten sehr an Politik interessiert (39 Prozent).<sup>21</sup> **Männer allerdings bekunden ein deutlich größeres politisches Interesse (46 Prozent) als Frauen (37 Prozent)**. Dies gilt mit Ausnahme von Litauen und Lettland für alle Mitgliedstaaten. Die größten Geschlechterdifferenzen bestehen in Zypern (23 Prozentpunkte), Belgien (20 Punkte) und Österreich (19 Punkte). Aber auch für Deutschland ergibt sich eine Kluft von immerhin 15 Prozentpunkten.

Vergleicht man jedoch nur die Frauen untereinander, dann gehören Frauen aus Deutschland zu den am stärksten politisch Interessierten in der EU (54 Prozent) und werden nur von den Lettinnen übertroffen (66 Prozent). Umgekehrt ist ein ausgeprägtes Desinteresse an Politik typisch für Frauen aus Rumänien (15 Prozent), Ungarn und der Tschechischen Republik (jeweils 17 Prozent) sowie Bulgarien, Slowenien und der Slowakei (jeweils 18 Prozent).

20 Andere Erhebungen von Eurobarometer weisen zudem darauf hin, dass sich Frauen eher für die lokale und nationale Politik interessieren und weniger für die europäische Politik. Vgl. Europäisches Parlament 2010: 6.

21 Dieser deutlich höhere Anteil im Vergleich zu der Umfrage von 2010 (Einstufung „hoch“) dürfte mit der unterschiedlichen Fragestellung zusammenhängen.

Tabelle 2.2: Interesse an Politik in den EU-Staaten 2009 nach Geschlecht (in Prozent)

„Sie sind sehr interessiert an Politik“  
Antwort: „Eher ja“

| Mitgliedstaat     | Gesamt | Männer | Frauen | Differenz (Prozentpunkte) |
|-------------------|--------|--------|--------|---------------------------|
| Litauen           | 36     | 35     | 37     | +2                        |
| Lettland          | 66     | 65     | 66     | +1                        |
| Luxemburg         | 48     | 50     | 46     | -4                        |
| Italien           | 33     | 37     | 29     | -8                        |
| Rumänien          | 20     | 24     | 15     | -9                        |
| Bulgarien         | 22     | 27     | 18     | -9                        |
| Griechenland      | 39     | 44     | 35     | -9                        |
| Spanien           | 30     | 35     | 25     | -10                       |
| Malta             | 36     | 41     | 31     | -10                       |
| Slowakei          | 23     | 28     | 18     | -10                       |
| Schweden          | 40     | 45     | 35     | -10                       |
| Slowenien         | 24     | 30     | 18     | -12                       |
| EU 27             | 39     | 46     | 33     | -13                       |
| Finnland          | 47     | 53     | 40     | -13                       |
| Tschechische Rep. | 24     | 31     | 17     | -14                       |
| Irland            | 37     | 44     | 30     | -14                       |
| Frankreich        | 37     | 44     | 30     | -14                       |
| Deutschland       | 62     | 69     | 54     | -15                       |
| Ungarn            | 25     | 32     | 17     | -15                       |
| Portugal          | 29     | 37     | 22     | -15                       |
| Estland           | 47     | 54     | 39     | -15                       |
| Großbritannien    | 38     | 46     | 31     | -15                       |
| Dänemark          | 52     | 61     | 44     | -17                       |
| Polen             | 28     | 37     | 20     | -17                       |
| Niederlande       | 53     | 62     | 44     | -18                       |
| Österreich        | 55     | 65     | 46     | -19                       |
| Belgien           | 40     | 51     | 31     | -20                       |
| Zypern            | 49     | 61     | 38     | -23                       |

Quelle: Europäisches Parlament 2009: 26 (Auswertung von EB 71.3).

Wie lassen sich diese Ergebnisse nun erklären? Zunächst ist festzustellen, dass der empirische Befund eines geringeren politischen Interesses von Frauen keineswegs eine neue Erkenntnis darstellt. Vielmehr gelten soziodemographische Merkmale (Geschlecht, Alter, Schulbildung, berufliche Position) traditionell als wichtige Faktoren, die das Niveau des politischen Interesses stark beeinflussen. Generell stellt van Deth hierzu fest: „Daher sind es meist höhergebildete männliche Bürger der höheren Einkommensgruppen und Schichten, die sich überdurchschnittlich für Politik interessieren.“<sup>22</sup>

22 van Deth 2004: 283. Einschränkend ist allerdings zu bemerken, dass Politik in ihrer institutionalisierten Form für Frauen weniger interessant ist. Da sich Frauen im unkonventionellen

Mit Blick auf die geschlechtsspezifischen Unterschiede beim politischen Interesse lassen sich in der Sozialwissenschaft vor allem drei Erklärungsansätze finden, nämlich der sozialisationstheoretische, der situative und der strukturelle Ansatz:

Der „sozialisationstheoretische Ansatz nimmt an, dass Jungen und Mädchen in ihrer primären Sozialisationsphase unterschiedliche Geschlechtsrollenorientierungen und damit ein unterschiedliches Verhältnis zur Politik vermittelt werden, der situative Ansatz macht die aktuellen Lebensumstände von Männern und Frauen – insbesondere die auf den Privatbereich konzentrierte Lebenssituation der Frauen – für den Unterschied verantwortlich, und der strukturelle Ansatz verweist auf Zugangsbarrieren zu politiknahen Sektoren und politisch relevanten Ressourcen, die eine männlich dominierte Gesellschaft aufgebaut habe.“<sup>23</sup>

Eine empirische Überprüfung dieser Ansätze für die EU-Mitgliedstaaten liegt nach meiner Kenntnis bislang nicht vor und stellt somit noch eine zentrale Forschungsaufgabe dar. Dabei kommt den nationalen Geschlechterstereotypen zweifellos eine besondere Erklärungskraft zu. So dominieren gerade in den neuen osteuropäischen, aber auch in den südeuropäischen Ländern noch traditionelle Geschlechterrollenbilder, und Politik gilt vielen Frauen wie Männern als männlicher Bereich. Das geringe politische Interesse von Frauen in diesen Staaten kann somit nicht verwundern und spiegelt sich zugleich wider in einer erheblichen Unterrepräsentation der Bürgerinnen in den Parlamenten und Regierungen.<sup>24</sup>

Darüber hinaus wären zudem weitere Faktoren in ihrem Einfluss auf das politische Interesse von Frauen zu untersuchen, und zwar insbesondere die Zufriedenheit mit dem jeweiligen politischen System sowie das Vertrauen in die politischen Akteure und Institutionen.<sup>25</sup> Denn wie die nachfolgenden Ausführungen zeigen, bestehen hinsichtlich dieser Einstellungsdimensionen – zumindest auf europäischer Ebene – gleichfalls erkennbare Geschlechterdifferenzen.

Betrachtet man demgegenüber das *subjektive Wissen* über die Europäische Union, dann zeigt sich nach Eurobarometer Folgendes: Während zu verschiedenen Zeitpunkten im Durchschnitt stets gut die Hälfte der Männer angibt, die Funktionsweise der EU zu verstehen, sind es unter den Frauen maximal zwei Fünftel (13 bis 15 Prozentpunkte Differenz). **Die Mehrheit der Frauen in den Mitgliedstaaten weiß somit nach eigener Einschätzung nicht, wie die EU**

---

Bereich in nahezu gleicher Weise beteiligen wie Männer, sind sie somit durchaus politisch interessiert. Vgl. hierzu Niedermayer 2005a: 259.

23 Niedermayer 2005a: 23.

24 Vgl. hierzu ausführlich Kapitel 4.

25 Vgl. zu den weiteren Einflussfaktoren des politischen Interesses van Deth 2004: 283ff.

**funktioniert.** Unter den Männern beträgt der entsprechende Anteil dagegen nur etwa zwei Fünftel (vgl. Tabelle 2.3).<sup>26</sup>

Tabelle 2.3: Verständnis der Funktionsweise der Europäischen Union nach Geschlecht (in Prozent)

|               | „Ich verstehe, wie die EU funktioniert“ |        |        |               |        |        |            |        |        |
|---------------|-----------------------------------------|--------|--------|---------------|--------|--------|------------|--------|--------|
|               | Stimme eher zu                          |        |        | Lehne eher ab |        |        | Weiß nicht |        |        |
|               | EU-Gesamt                               | Frauen | Männer | EU-Gesamt     | Frauen | Männer | EU-Gesamt  | Frauen | Männer |
| Frühjahr 2006 | 46                                      | 39     | 53     | 46            | 51     | 40     | 8          | 10     | 7      |
| Frühjahr 2009 | 44                                      | 37     | 51     | 48            | 54     | 42     | 8          | 9      | 7      |
| Herbst 2010   | 47                                      | 40     | 55     | 46            | 53     | 39     | 7          | 7      | 6      |
| Frühjahr 2011 | 45                                      | 39     | 52     | 49            | 55     | 43     | 6          | 6      | 5      |

Quellen: Eigene Zusammenstellung nach Standard Eurobarometer 65, 71, 74, 75.

Ein Grund dafür liegt sicherlich mit in dem geringeren politischen Interesse von Frauen, denn zwischen subjektivem Wissen und politischem Interesse besteht eine enge Korrelation. Mit anderen Worten: Wer an Politik stark interessiert ist, informiert sich auch gründlicher und beurteilt folglich sein subjektives Wissen als höher. Vorstellbar ist aber auch, dass Männer ihr subjektives Wissen eher überschätzen als Frauen. Diese Annahme lässt sich – zumindest punktuell – mit drei objektiven Wissensfragen von Eurobarometer überprüfen. Bei der Aussage „Die EU besteht zurzeit aus 27 Mitgliedstaaten“ gaben danach 58 Prozent der Frauen und 69 Prozent der Männer die richtige Antwort. Dass die Mitglieder des Europäischen Parlaments direkt von den Bürgern jedes Mitgliedstaates gewählt werden, beantworteten 52 Prozent der Frauen und 62 Prozent der Männer korrekt. Und dass die Schweiz kein EU-Mitglied ist, wussten unter den Frauen 63 Prozent, unter den Männern 75 Prozent (vgl. Tabelle 2.4). **Wie diese Antwortverteilungen**

<sup>26</sup> Im Frühjahr 2011 zeichneten sich folgende Länder durch ein erheblich überdurchschnittliches Verständnis der EU-Funktionsweise aus (55 Prozent und mehr): Estland, Litauen, Polen, Slowenien, die Slowakei, Zypern sowie Luxemburg. Unter 40 Prozent dagegen lag das Verständnis der Funktionsweise in Spanien, Italien, Großbritannien sowie Malta. Vgl. EB 75. Erstmals in der Geschichte von Eurobarometer gab im Frühjahr 2012 die Mehrheit der europäischen Bevölkerung (52 Prozent) an, die Funktionsweise der EU zu verstehen. Vgl. EB 77.

**belegen, fällt somit auch das objektive Wissen von Frauen über die EU im Durchschnitt deutlich geringer aus als das der Männer (10 bis 12 Prozentpunkte Differenz).** Ein entsprechendes Ergebnis findet sich bereits in der Eurobarometer-Umfrage von 2008. Damals betrug der Durchschnitt der richtigen Antworten unter den Frauen 47 Prozent, unter den Männern dagegen 59 Prozent.<sup>27</sup>

Tabelle 2.4: Objektives Wissen über die EU 2010 nach Geschlecht (in Prozent)

| „Sagen Sie mir bitte für jede der folgenden Aussagen über die Europäische Union, ob diese Ihrer Meinung nach richtig oder falsch ist.“ Anteil der ‚korrekten‘ Antworten |                                                |                                                                                                         |                                  |
|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|------------------------------------------------|---------------------------------------------------------------------------------------------------------|----------------------------------|
|                                                                                                                                                                         | Die EU besteht zurzeit aus 27 Mitgliedstaaten. | Die Mitglieder des Europäischen Parlaments werden direkt von den Bürgern jedes Mitgliedstaates gewählt. | Die Schweiz ist Mitglied der EU. |
| EU-27                                                                                                                                                                   | 63                                             | 57                                                                                                      | 69                               |
| Frauen                                                                                                                                                                  | 58                                             | 52                                                                                                      | 63                               |
| Männer                                                                                                                                                                  | 69                                             | 62                                                                                                      | 75                               |

Quelle: Standard Eurobarometer 74 (Herbst 2010).

Abgesehen von den signifikanten Geschlechterdifferenzen ist das insgesamt hohe Nicht-Wissen über die EU bemerkenswert. Eurobarometer konstatiert in diesem Zusammenhang:

„Es muss .. festgestellt werden, dass ein Anteil von 42 % der EU-Bürger – bei einem insgesamt recht einfachen Test – zumindest auf eine der drei Fragen eine falsche Antwort gibt. Dies bedeutet, dass die Kenntnisse der europäischen Bevölkerung von den Gegebenheiten der Union nach wie vor fragil und lückenhaft sind.“<sup>28</sup>

Mit einer Erklärung für dieses lückenhafte Wissen dürfte darin zu sehen sein, dass die Bedeutung der EU für die eigenen Lebensbedingungen seitens der Bürgerinnen und Bürger klar unterschätzt wird. Lediglich 13 Prozent (Frauen: 11, Männer 15 Prozent) schrieben 2009 der europäischen Ebene den größten Einfluss auf ihre Lebensbedingungen zu; demgegenüber kam die nationale Ebene auf 46 Prozent (Frauen: 44, Männer 48 Prozent), die lokale oder regionale Ebene auf 34 Prozent

<sup>27</sup> Vgl. EB 70 (Herbst 2008).

<sup>28</sup> Standard Eurobarometer 74, Herbst 2010: 60. Die besten Kenntnisse bei diesem Test finden sich für die Bürger und Bürgerinnen in Griechenland, Luxemburg, Slowenien, der Slowakei, Österreich, Dänemark, Malta und Zypern. Schlecht schnitten dagegen insbesondere Großbritannien und Spanien ab. Vgl. ebd.

(Frauen: 37, Männer: 31 Prozent).<sup>29</sup> Wenn die europäische Ebene somit als absolut nachrangig für die eigene Lebenssituation eingeschätzt wird, warum sollte man dann Zeit und Mühe aufwenden, um sich über die Strukturen und Prozesse der EU grundlegend zu informieren?

Im Einklang mit dem begrenzten Wissen über die EU steht, dass auch das *subjektive Kompetenzgefühl*, also das Gefühl, politische Sachverhalte zu verstehen und Einfluss auf die Politikgestaltung nehmen zu können<sup>30</sup>, europaweit insgesamt nur gering ausfällt. Lediglich gut ein Viertel aller Befragten vertrat 2011 die Auffassung „Meine Stimme zählt in der EU“ (Frauen: 25 Prozent; Männer: 28 Prozent); zwei Drittel dagegen waren davon nicht überzeugt. Bezogen auf die nationale Ebene schreiben sich die Befragten demgegenüber ein deutlich höheres Kompetenzgefühl zu. Die Antworten von Frauen und Männern liegen auf beiden Ebenen jeweils nah aneinander (vgl. Tabelle 2.5).

Tabelle 2.5: Subjektives Kompetenzgefühl nach Geschlecht (in Prozent)

|              | „Meine Stimme zählt in der Europäischen Union“ |        |        |               |        |        |            |        |        |
|--------------|------------------------------------------------|--------|--------|---------------|--------|--------|------------|--------|--------|
|              | Stimme eher zu                                 |        |        | Lehne eher ab |        |        | Weiß nicht |        |        |
|              | EU-Gesamt                                      | Frauen | Männer | EU-Gesamt     | Frauen | Männer | EU-Gesamt  | Frauen | Männer |
| Herbst 2008  | 30                                             | 28     | 32     | 61            | 62     | 60     | 9          | 10     | 8      |
| Herbst 2011  | 26                                             | 25     | 28     | 65            | 66     | 65     | 9          | 9      | 7      |
| Herbst 2012* | 31                                             | -      | -      | 64            | -      | -      | 5          | -      | -      |
|              | „Meine Stimme zählt in (UNSER LAND)“**         |        |        |               |        |        |            |        |        |
|              | Stimme eher zu                                 |        |        | Lehne eher ab |        |        | Weiß nicht |        |        |
|              | EU-Gesamt                                      | Frauen | Männer | EU-Gesamt     | Frauen | Männer | EU-Gesamt  | Frauen | Männer |
| Herbst 2008  | 46                                             | 45     | 48     | 48            | 48     | 47     | 6          | 7      | 5      |
| Herbst 2012* | 50                                             | -      | -      | 47            | -      | -      | 3          | -      | -      |

\* Eine Differenzierung nach Geschlecht liegt in dieser Umfrage nicht vor.

\*\* Danach wurde im Herbst 2011 nicht gefragt.

Quellen: Eigene Zusammenstellung nach Standard Eurobarometer 70, 76, 78.

29 Vgl. EB 71 (Frühjahr 2009). In dieser Unterschätzung der europäischen Ebene liegt auch ein entscheidender Grund für die stets sehr niedrige Beteiligung an den Europawahlen. Vgl. hierzu Kapitel 3.

30 Vgl. Gabriel 2008: 201f.

## 2.2 Bild der EU und Zufriedenheit mit der europäischen Demokratie

Welches allgemeine Bild haben die Bürgerinnen und Bürger in den EU-Mitgliedstaaten von der EU? Im Herbst 2009 stuften 45 Prozent der Frauen (Männer: 51 Prozent) ihr Bild insgesamt als „positiv“ ein, 15 Prozent als „negativ“ (Männer: 16 Prozent) und immerhin 38 Prozent als „weder positiv noch negativ“ (Männer: 32 Prozent). Zwei Jahre später dann hat sich dieses insgesamt eher positive Bild von der EU bei Frauen wie Männern erheblich „eingetrübt“. **Lediglich 29 Prozent der Frauen und ein Drittel der Männer sehen die EU jetzt noch positiv.** Zugleich sind die Geschlechterdifferenzen 2011 (4 Prozentpunkte) nicht mehr so ausgeprägt wie noch 2009 (6 Prozentpunkte) (vgl. Tabelle 2.6).

Tabelle 2.6: Bild der Europäischen Union nach Geschlecht (in Prozent)

| „Ganz allgemein gesprochen, ruft die EU bei Ihnen ein sehr positives, ziemlich positives, weder positives noch negatives, ziemlich negatives oder sehr negatives Bild hervor?“ |        |        |                            |        |        |                  |        |        |    |
|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|--------|--------|----------------------------|--------|--------|------------------|--------|--------|----|
| Gesamt „positiv“                                                                                                                                                               |        |        | Weder positiv noch negativ |        |        | Gesamt „negativ“ |        |        |    |
| EU-Gesamt                                                                                                                                                                      | Frauen | Männer | EU-Gesamt                  | Frauen | Männer | EU-Gesamt        | Frauen | Männer |    |
| Herbst 2009                                                                                                                                                                    | 48     | 45     | 51                         | k. A.  | 38     | 32               | 15     | 15     | 16 |
| Herbst 2011                                                                                                                                                                    | 31     | 29     | 33                         | 41     | 43     | 39               | 26     | 26     | 27 |

Quellen: Eigene Zusammenstellung nach Standard Eurobarometer 72, 76.

Angesichts dieser Entwicklung rufen die folgenden Ergebnisse aus der Herbstumfrage 2012 von Eurobarometer ein gewisses Erstaunen hervor. So sollten die Befragten angeben, ob die vorgelegten Eigenschaften ihre Vorstellungen von der EU „sehr gut, ziemlich gut, ziemlich schlecht oder sehr schlecht“ beschreiben. Die Zusammenfassung der Antworten „sehr gut“ und „ziemlich gut“ ergibt danach, dass die Mehrheit der europäischen Bevölkerung die EU als „demokratisch“ (60 Prozent), „modern“ (58 Prozent) und zugleich „technokratisch“ (51 Prozent) einstuft. Demgegenüber sehen 47 Prozent die EU als „beschützend“ und lediglich 33 Prozent als „effizient“.<sup>31</sup> Müsste angesichts dieser Verteilungen nicht auch das oben beschriebene allgemeine Bild der EU positiver ausfallen? Oder haben in diesem Fall die Items, von denen nur das Item „technokratisch“ eher negativ besetzt ist, das Antwortverhalten beeinflusst? Gewisse Zweifel bleiben.

31 Vgl. EB 78 (Herbst 2012). Eine Differenzierung nach Geschlecht nimmt Eurobarometer hier nicht vor.

Auch wenn die EU mehrheitlich als „demokratisch“ beurteilt wird, mit der Funktionsweise der Demokratie in der EU sind derselben Umfrage zufolge nur gut zwei Fünftel der Frauen und 47 Prozent der Männer insgesamt zufrieden. Im Vergleich zu 2007 ist auch hier für beide Geschlechter ein klarer Rückgang zu verzeichnen (vgl. Tabelle 2.7).

Tabelle 2.7: Zufriedenheit mit der Demokratie in der Europäischen Union nach Geschlecht (in Prozent)

|             | „Sind Sie mit der Art und Weise, wie die Demokratie in der Europäischen Union funktioniert, alles in allem gesehen zufrieden?“ |        |        |                          |        |        |            |        |        |
|-------------|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|--------|--------|--------------------------|--------|--------|------------|--------|--------|
|             | Gesamt „zufrieden“                                                                                                             |        |        | Gesamt „nicht zufrieden“ |        |        | Weiß nicht |        |        |
|             | EU-Gesamt                                                                                                                      | Frauen | Männer | EU-Gesamt                | Frauen | Männer | EU-Gesamt  | Frauen | Männer |
| Herbst 2007 | 52                                                                                                                             | 49     | 53     | 32                       | 31     | 34     | 16         | 20     | 13     |
| Herbst 2012 | 44                                                                                                                             | 43     | 47     | 45                       | 45     | 45     | k. A.      | 12     | 8      |

Quellen: Eigene Zusammenstellung nach Standard Eurobarometer 68, 78.

2.3 Vertrauen in die Europäische Union und die europäischen Institutionen

Unverzichtbar für demokratische politische Systeme ist ein gewisses Maß an Vertrauen in die politischen Institutionen. Als Begründung lässt sich aus normativ-demokratiethoretischer Sicht anführen, dass „weitverbreitete Zweifel an der Vertrauenswürdigkeit der politischen Ordnung und der sie tragenden Institutionen mit der Idee der Demokratie unvereinbar [sind]“<sup>32</sup>. Aus systemfunktionaler Sicht kann das politische System seinen Aufgaben nur dann wirksam nachkommen, wenn die politischen Institutionen „nicht dauernd einer zutiefst misstrauischen Öffentlichkeit gegenüberstehen“<sup>33</sup>. Und nicht zuletzt dient Vertrauen immer auch der „Reduktion von Komplexität“ (Luhmann). Wie viel Vertrauen ein politisches System allerdings benötigt, um seine Stabilität zu sichern, darüber gibt es bislang keine genauen Aussagen.<sup>34</sup>

Wie steht es folglich um das Vertrauen der europäischen Bevölkerung in die Europäische Union und ihre Institutionen? Betrachtet man zunächst die Uni-

32 Gabriel 1993: 3. Siehe hierzu auch Niedermayer 2005a: 64f.  
33 Gabriel 1999: 203.  
34 Vgl. Gabriel 2008: 183.

on, dann zeigt die Entwicklung im Zeitvergleich einen dramatischen Vertrauensschwund. Während im Frühjahr 2007 noch eine klare Mehrheit (57 Prozent) der EU vertraute, waren es zwei Jahre später lediglich 47 Prozent. Anschließend ging es nahezu kontinuierlich weiter bergab, und 2012 hat nur noch ein Drittel der Bürgerinnen und Bürger eher Vertrauen in die EU (vgl. Tabelle 2.8). Dass dieser Verlust an Vertrauen eng mit der europäischen Wirtschafts- und Finanzkrise zusammenhängt, dürfte unstrittig sein. Die Schlusslichter unter den Mitgliedstaaten sind 2012 demzufolge auch Griechenland und Spanien mit extrem niedrigen Vertrauenswerten von 18 beziehungsweise 20 Prozent. Aber auch das als europäern geltende Großbritannien erreicht lediglich 20 Prozent. Demgegenüber ist ein weit überdurchschnittliches Vertrauen in die EU typisch für Dänemark und Finnland, die Beneluxstaaten sowie im Kreis der neuen Mitgliedstaaten für Estland, Litauen, Polen, Ungarn, Rumänien, die Slowakei sowie Malta.<sup>35</sup>

Tabelle 2.8: Vertrauen in die Europäische Union 2004 bis 2012 (in Prozent)

|               | „Eher vertrauen“* |
|---------------|-------------------|
| Herbst 2004   | 50                |
| Frühjahr 2005 | 44                |
| Herbst 2005   | 45                |
| Frühjahr 2006 | 48                |
| Herbst 2006   | 45                |
| Frühjahr 2007 | 57                |
| Herbst 2007   | 48                |
| Frühjahr 2008 | 50                |
| Herbst 2008   | 47                |
| Frühjahr 2009 | 47                |
| Herbst 2009   | 48                |
| Frühjahr 2010 | 42                |
| Herbst 2010   | 43                |
| Frühjahr 2011 | 41                |
| Herbst 2011   | 34                |
| Frühjahr 2012 | 31                |
| Herbst 2012   | 33                |

\*Die Frage lautete: „Sagen Sie mir bitte für jede dieser europäischen Institutionen, ob Sie ihr eher vertrauen oder eher nicht vertrauen.“ (Die entsprechende Frage gilt auch für die Tabellen 2.9, 2.10 und 2.11.)  
Quelle: Standard Eurobarometer 77, 78.

Der Vergleich der Geschlechter untereinander verdeutlicht im Zeitverlauf eine gleichgerichtete Tendenz, **allerdings ist das Vertrauen von Frauen in die EU**

35 Deutschland liegt mit 30 Prozent etwas unter dem Durchschnitt. Vgl. EB 78.

**stets etwas geringer ausgeprägt als das der Männer.** Die Differenzen bei der Antwort „eher vertrauen“ liegen dabei zwischen drei und fünf Prozentpunkten. Im Frühjahr 2012 jedoch fallen diese Anteile identisch aus (jeweils 31 Prozent). Umgekehrt schnellte der Anteil derjenigen, die der EU „eher nicht vertrauen“ unter den Frauen von 41 Prozent (2009) auf 59 Prozent (2012) in die Höhe, unter den Männern von gleichfalls 41 auf 61 Prozent. **Eine klare Mehrheit der Frauen und Männer bekundet damit in den Jahren 2011 und 2012 ihr Misstrauen gegenüber der EU.** Bemerkenswert ist darüber hinaus die recht hohe Besetzung der Kategorie „weiß nicht“ (fast durchgängig über 10 Prozent). Die Anteile der Frauen liegen hier zudem stets über denen der Männern (vgl. Tabelle 2.9).

Tabelle 2.9: Vertrauen in die Europäische Union nach Geschlecht (in Prozent)

|               | „Eher vertrauen“ |        |        | „Eher nicht vertrauen“ |        |        | „Weiß nicht“ |        |        |
|---------------|------------------|--------|--------|------------------------|--------|--------|--------------|--------|--------|
|               | EU-Gesamt        | Frauen | Männer | EU-Gesamt              | Frauen | Männer | EU-Gesamt    | Frauen | Männer |
| Frühjahr 2005 | 44               | 42     | 46     | 43                     | k. A.  | k. A.  | 13           | k. A.  | k. A.  |
| Frühjahr 2009 | 47               | 45     | 49     | 41                     | 41     | 41     | 12           | 14     | 10     |
| Herbst 2010   | 43               | 41     | 46     | 45                     | 44     | 45     | 12           | 15     | 9      |
| Herbst 2011   | 34               | 32     | 35     | 55                     | 55     | 55     | 11           | 13     | 10     |
| Frühjahr 2012 | 31               | 31     | 31     | 60                     | 59     | 61     | 9            | 10     | 8      |

Quellen: Eigene Zusammenstellung nach Standard Eurobarometer 63, 71, 74, 76, 77.

Der aufgezeigte Vertrauensverlust erstreckt sich nicht nur auf die EU insgesamt, sondern erfasst auch ihre einzelnen Institutionen. Allerdings ist der Rückgang in diesen Fällen etwas moderater und unterliegt leichten Schwankungen. Lässt man den Europäischen Gerichtshof zunächst außer Acht, da für ihn keine kontinuierlichen Daten erhoben wurden, dann genießt das Europäische Parlament stets das größte Vertrauen. Gleichzeitig jedoch sanken seine Vertrauenswerte im Zeitraum 2006 bis 2012 (jeweils Frühjahr) von 52 Prozent auf 40 Prozent. Bei der Europäischen Kommission gingen im entsprechenden Zeitraum die Werte von 47 Prozent auf 36 Prozent zurück, beim Rat der EU von 43 Prozent auf 32 Prozent und bei der Europäischen Zentralbank von 49 Prozent auf 35 Prozent. Die letzte Erhebung vom Herbst 2012 weist demgegenüber für alle Institutionen wieder eine leichte „Erholung“ der Vertrauensanteile aus. Dies gilt auch für den Europäischen

Gerichtshof, dem 2010 wie 2012 zudem seitens der Bevölkerung das größte Vertrauen attestiert wurde. Fasst man allein Deutschland ins Auge, dann erzielt der Gerichtshof hier einen erheblich überdurchschnittlichen Anteil; bei allen anderen Institutionen entspricht das Vertrauen der Deutschen im Herbst 2012 weitgehend dem EU-Durchschnitt (vgl. Tabelle 2.10).<sup>36</sup>

Tabelle 2.10: Vertrauen in die EU-Institutionen 2006 bis 2012 (in Prozent)

|               | „Eher vertrauen“       |                        |                            |                         |                          |
|---------------|------------------------|------------------------|----------------------------|-------------------------|--------------------------|
|               | Europäisches Parlament | Europäische Kommission | Rat der Europäischen Union | Europäische Zentralbank | Europäischer Gerichtshof |
| Frühjahr 2006 | 52                     | 47                     | 43                         | 49                      | -                        |
| Frühjahr 2007 | 56                     | 52                     | 47                         | 53                      | 50*                      |
| Frühjahr 2008 | 52                     | 47                     | 43                         | 50                      | -                        |
| Frühjahr 2009 | 48                     | 44                     | -                          | 44                      | -                        |
| Frühjahr 2010 | 48                     | 45                     | 39                         | 41                      | 50                       |
| Frühjahr 2011 | 45                     | 40                     | 36                         | 40                      | -                        |
| Frühjahr 2012 | 40                     | 36                     | 32                         | 35                      | 46                       |
| Herbst 2012** | 44 (45)                | 40 (39)                | 36 (35)                    | 37 (39)                 | 49 (67)                  |

\* Herbst 2007

\*\* Prozentwerte in Klammern: Angaben für Deutschland

Quelle: Standard Eurobarometer 78.

Im Vergleich zum Vertrauen in die nationalen Parlamente und Regierungen aber schneiden das Europäische Parlament wie die Europäische Kommission stets besser ab. Mit anderen Worten: Die europäische Bevölkerung vertraut eher den europäischen als den nationalen Institutionen.<sup>37</sup>

36 Rechtsstaatliche Institutionen wie der Europäische Gerichtshof genießen in Deutschland in der Regel ein höheres Vertrauen als parteienstaatliche Institutionen (Regierung, Parlament), da sie mit alltäglichen politischen Konflikten nicht befasst sind. Vgl. hierzu Niedermayer 2005a: 65f.

37 Von 2006 bis 2012 reduzierte sich – bei leichten Schwankungen – das Vertrauen in die nationalen Parlamente im EU-Durchschnitt von 38 auf 28 Prozent, das in die nationalen Regierungen von 34 auf 27 Prozent. Vgl. EB 78: 14.

Inwiefern unterscheidet sich nun das Institutionenvertrauen von Frauen und Männern? Aufgrund fehlender Daten kann hier leider nur eine Momentaufnahme anhand der Eurobarometer-Umfrage aus dem Jahr 2009 mit eingeschränkten Vergleichswerten für 2007 präsentiert werden. Danach vertraute die weibliche Bevölkerung an erster Stelle dem Europäischen Parlament (45 Prozent), gefolgt von der Europäischen Kommission (41 Prozent), dem Rat der EU (40 Prozent) und der Europäischen Zentralbank (39 Prozent). Auch unter den Männern nimmt das Europäische Parlament den ersten Platz ein (52 Prozent); an zweiter Stelle folgt dann aber bereits die Zentralbank (50 Prozent), an dritter Stelle die Kommission (48 Prozent) und zuletzt der Rat der EU (46 Prozent).<sup>38</sup> **Die Prozentanteile verdeutlichen, dass Frauen allen europäischen Institutionen erkennbar weniger Vertrauen entgegenbringen als Männer, wobei die Differenzen zwischen sechs (Rat der EU) und elf Prozentpunkten (Zentralbank) liegen und damit größer ausfallen als beim Vertrauen in die EU.** Dieses Ergebnis trifft insgesamt auch für die Umfrage von 2007 zu; allerdings ergaben sich unter Frauen wie Männern damals noch deutlich höhere Vertrauenswerte (vgl. Tabelle 2.11).

Die Tatsache, dass prozentual weniger Frauen als Männer den europäischen Institutionen „eher vertrauen“, bedeutet jetzt aber keineswegs, dass für Frauen auch ein ausgeprägteres Misstrauen typisch ist. Vielmehr zeigen sich bei der Antwort „eher nicht vertrauen“ sehr ähnliche Geschlechteranteile. Ein Blick auf die Kategorie „weiß nicht“ verdeutlicht jedoch eine allgemein große Ratlosigkeit der Befragten im Hinblick auf die Beantwortung der Frage, die unter den Frauen zudem noch ausgeprägter ist als unter den Männern. So wählten beim Europäischen Parlament insgesamt 19 Prozent der Frauen diese „Fluchtkategorie“ (Männer: 12 Prozent), bei der Kommission und der Zentralbank jeweils gut ein Viertel (Männer: 17 beziehungsweise 19 Prozent) und beim Rat der EU nahezu ein Drittel der Frauen (Männer: 25 Prozent). Die Vermutung liegt nahe, dass der insgesamt eher geringe Wissensstand der Bevölkerung über die EU und ihre Institutionen den Hauptgrund für dieses Antwortverhalten darstellt.

---

38 Für den Europäischen Gerichtshof liegen keine nach Geschlecht getrennten Daten vor.

Tabelle 2.11: Vertrauen in die EU-Institutionen 2009 nach Geschlecht (in Prozent)

| Europäisches Parlament       |                 |                      |            |
|------------------------------|-----------------|----------------------|------------|
|                              | Eher vertrauen* | Eher nicht vertrauen | Weiß nicht |
| EU-27                        | 48 (55)         | 36                   | 16         |
| Frauen                       | 45 (52)         | 36                   | 19         |
| Männer                       | 52 (58)         | 36                   | 12         |
| Europäische Kommission       |                 |                      |            |
| EU-27                        | 44 (50)         | 34                   | 22         |
| Frauen                       | 41 (47)         | 34                   | 25         |
| Männer                       | 48 (54)         | 35                   | 17         |
| Europäische Zentralbank      |                 |                      |            |
| EU-27                        | 44 (47)         | 33                   | 23         |
| Frauen                       | 39 (43)         | 34                   | 27         |
| Männer                       | 50 (52)         | 31                   | 19         |
| Rat der Europäischen Union** |                 |                      |            |
| EU-27                        | 42 (44)         | 29                   | 29         |
| Frauen                       | 40 (41)         | 28                   | 32         |
| Männer                       | 46 (48)         | 29                   | 25         |

\* Prozentwerte in Klammern: Angaben für 2007 nach EB 68

\*\* Angaben für 2008 nach EB 70

Quellen: Eigene Zusammenstellung nach Standard Eurobarometer 71, 70, 68.

## 2.4 EU-Mitgliedschaft und Unionsbürgerschaft

In diesem Abschnitt soll dem Verhältnis der Bürgerinnen und Bürger zur Europäischen Union anhand weiterer Einstellungsdimensionen nachgegangen werden. Eine wichtige Dimension bildet hier die Unterstützung der Zugehörigkeit zur EU. Wie aus Tabelle 2.12 hervorgeht, ist diese Unterstützung im Zeitverlauf erheblich zurückgegangen.

Tabelle 2.12: Einstellungen zur EU-Mitgliedschaft nach Geschlecht (in Prozent)

| „Ist die Mitgliedschaft (UNSERES LANDES) in der Europäischen Union Ihrer Meinung nach...?“ |                 |        |        |                      |        |        |                         |        |        |
|--------------------------------------------------------------------------------------------|-----------------|--------|--------|----------------------|--------|--------|-------------------------|--------|--------|
|                                                                                            | Eine gute Sache |        |        | Eine schlechte Sache |        |        | Weder gut noch schlecht |        |        |
|                                                                                            | EU-Gesamt       | Frauen | Männer | EU-Gesamt            | Frauen | Männer | EU-Gesamt               | Frauen | Männer |
| Herbst 2007                                                                                | 58              | 55     | 62     | 13                   | 13     | 12     | 25                      | 27     | 23     |
| Herbst 2009                                                                                | 53              | 49     | 57     | 15                   | 14     | 15     | 28                      | 32     | 25     |
| Frühjahr 2010                                                                              | 49              | 45     | 52     | 18                   | 19     | 18     | 29                      | 31     | 27     |

Quellen: Eigene Zusammenstellung nach Standard Eurobarometer 68, 72, 73.

Im Herbst 2007 vertrat noch eine große Mehrheit der europäischen Bevölkerung (58 Prozent) die Auffassung, dass die EU-Mitgliedschaft ihres Landes „eine gute Sache“ sei. Bis zum Frühjahr 2010 verringerte sich dieser Anteil dann auf nur noch 49 Prozent. Der Geschlechtervergleich zeigt, dass die Zustimmung bei Frauen wie Männern gleichermaßen abgenommen hat (jeweils um 10 Prozentpunkte), allerdings besteht ein deutlicher Niveauunterschied zwischen den Geschlechtern. So ging die Befürwortung der EU-Mitgliedschaft unter den Frauen von 55 (2007) auf 45 Prozent (2010) zurück, die der Männer von 62 auf 52 Prozent. **Männer stehen der EU-Mitgliedschaft ihres Landes somit erkennbar positiver gegenüber als Frauen** (7 bis 8 Prozentpunkte Differenz). Bemerkenswert ist darüber hinaus der hohe und im Zeitverlauf noch gestiegene Anteil an Indifferenten („weder gut noch schlecht“), und zwar unter beiden Geschlechtern (vgl. Tabelle 2.12).

In den nachfolgenden Umfragen von Eurobarometer wurde eine entsprechende Frage nicht erneut gestellt. Die jüngste Erhebung (Herbst 2012) erfragt aber die Meinung zu der (etwas verklausulierten) Aussage: „(UNSER LAND) wäre besser für die Zukunft gerüstet, wenn es nicht Mitglied der EU wäre“. Während knapp ein Drittel aller Befragten diesem Statement zustimmt, lehnt es dagegen eine große Mehrheit ab (58 Prozent). Dabei fällt die Ablehnung unter den Männern noch deutlicher aus als unter den Frauen (Männer: 60 Prozent; Frauen: 55 Prozent) (vgl. Tabelle 2.13).

Tabelle 2.13: Einstellungen zur EU-Mitgliedschaft 2012 nach Geschlecht (in Prozent)

|             | „(UNSER LAND) wäre besser für die Zukunft gerüstet, wenn es nicht Mitglied der EU wäre.“ |        |        |                          |        |        |            |        |        |
|-------------|------------------------------------------------------------------------------------------|--------|--------|--------------------------|--------|--------|------------|--------|--------|
|             | Gesamt „stimme zu“                                                                       |        |        | Gesamt „stimme nicht zu“ |        |        | Weiß nicht |        |        |
|             | EU-Gesamt                                                                                | Frauen | Männer | EU-Gesamt                | Frauen | Männer | EU-Gesamt  | Frauen | Männer |
| Herbst 2012 | 32                                                                                       | 33     | 32     | 58                       | 55     | 60     | 10         | 12     | 8      |

Quelle: Standard Eurobarometer 78.

Hat sich somit seit dem Frühjahr 2010 die Stimmung in der europäischen Bevölkerung wieder zugunsten der EU-Mitgliedschaft gewandelt? Eine gewisse Skepsis ist hier angebracht. Die *andere* Fragestellung und *andere* vorgegebene Antwortkategorien dürften für dieses aus EU-Sicht nunmehr erfreulichere Resultat zumindest mitverantwortlich sein.<sup>39</sup>

Ein Indiz dafür ist auch der nachweisliche Rückgang der Verbundenheit der europäischen Bevölkerung mit der EU. Während sich im Herbst 2009 noch knapp die Hälfte aller Befragten (49 Prozent) mit der EU verbunden fühlte, ging der entsprechende Anteil bis zum Frühjahr 2012 auf 46 Prozent zurück. **Zugleich zeigen Männer eine etwas größere Verbundenheit mit der EU als Frauen** (Männer: 48 Prozent; Frauen: 44 Prozent) (vgl. Tabelle 2.14).

Tabelle 2.14: Verbundenheit mit der EU nach Geschlecht (in Prozent)

|               | „Bitte sagen Sie mir, wie stark Sie sich verbunden fühlen mit der Europäischen Union.“ |        |        |                          |        |        |            |        |        |
|---------------|----------------------------------------------------------------------------------------|--------|--------|--------------------------|--------|--------|------------|--------|--------|
|               | Gesamt „verbunden“                                                                     |        |        | Gesamt „nicht verbunden“ |        |        | Weiß nicht |        |        |
|               | EU-Gesamt                                                                              | Frauen | Männer | EU-Gesamt                | Frauen | Männer | EU-Gesamt  | Frauen | Männer |
| Herbst 2009   | 49                                                                                     | 46     | 51     | -                        | -      | -      | -          | -      | -      |
| Frühjahr 2012 | 46                                                                                     | 44     | 48     | 52                       | 54     | 50     | 2          | 2      | 2      |

Quelle: Standard Eurobarometer 68, 78.

Im Unterschied dazu erweisen sich die Einstellungen zur Unionsbürgerschaft als weitgehend stabil und erreichen vergleichsweise hohe Zustimmungssanteile. Die

<sup>39</sup> Insofern stellt dieses Statement ein Beispiel für die gelegentliche Parteilichkeit der Umfragen von Eurobarometer dar. Vgl. hierzu auch die Ausführungen in der Einleitung (Kapitel 1).

Mehrheit aller Befragten (gut 60 Prozent) fühlte sich danach 2011 wie 2012 als Bürger beziehungsweise Bürgerin der EU. Unter den Männern ist diese Überzeugung allerdings etwas ausgeprägter als unter den Frauen (3 bis 6 Prozentpunkte Differenz). **Umgekehrt sind Frauen unter denjenigen, die sich *nicht* als EU-Bürger/Bürgerin sehen, leicht überdurchschnittlich vertreten** (vgl. Tabelle 2.15).

Tabelle 2.15: Einstellungen zur Unionsbürgerschaft nach Geschlecht (in Prozent)

|               | „Sie fühlen sich als Bürger der EU“ |        |        | Gesamt „Nein“ |        |        | Weiß nicht |        |        |
|---------------|-------------------------------------|--------|--------|---------------|--------|--------|------------|--------|--------|
|               | Gesamt „Ja“                         |        |        | Gesamt „Nein“ |        |        | Weiß nicht |        |        |
|               | EU-Gesamt                           | Frauen | Männer | EU-Gesamt     | Frauen | Männer | EU-Gesamt  | Frauen | Männer |
| Frühjahr 2011 | 62                                  | 59     | 65     | 36            | 39     | 34     | 2          | 2      | 1      |
| Frühjahr 2012 | 61                                  | 59     | 62     | 38            | 39     | 37     | 1          | 2      | 1      |
| Herbst 2012   | 63                                  | 61     | 65     | 36            | 38     | 34     | 1          | 1      | 1      |

Quellen: Eigene Zusammenstellung nach Standard Eurobarometer 75, 77, 78.

Wie bereits erwähnt, differenzieren die Standard Eurobarometer-Umfragen die jeweiligen Länderergebnisse nicht zusätzlich nach Geschlecht. Im Hinblick auf die EU-Bürgerschaft findet sich aber für 2012 (Herbst) eine entsprechende Aufstellung, die allerdings nur die „sechs größten“ sowie die „drei am meisten von der Wirtschafts- und Finanzkrise betroffenen Mitgliedstaaten“<sup>40</sup> umfasst. Die Ergebnisse zeigen zum einen, dass die Überzeugung, EU-Bürger/Bürgerin zu sein, in den einzelnen Mitgliedstaaten sehr unterschiedlich ausgeprägt ist. Weit über dem Durchschnitt von 63 Prozent liegen danach Deutschland und Polen (jeweils 74 Prozent) sowie Spanien (73 Prozent); demgegenüber kommen Griechenland (46 Prozent) und Großbritannien (48 Prozent) nur auf erheblich unterdurchschnittliche Anteile.

Zum anderen sind innerhalb dieser Länder Männer nahezu durchgängig (Ausnahme: Irland) stärker als Frauen davon überzeugt, EU-Bürger/Bürgerin zu sein. Die größten Geschlechterdifferenzen bestehen hier für Spanien und Portugal (jeweils 8 Prozentpunkte) sowie Frankreich und Griechenland (jeweils 7 Punkte) (vgl. Tabelle 2.16).

40 EB 78: Die Europäische Bürgerschaft, S. 26.

Tabelle 2.16: Unionsbürgerschaft 2012 nach Ländern und Geschlecht (in Prozent)

|                | Anteil der „Ja“-Antworten |        |        |
|----------------|---------------------------|--------|--------|
|                | Gesamt                    | Frauen | Männer |
| EU-27          | 63                        | 61     | 65     |
| Deutschland    | 74                        | 73     | 77     |
| Spanien        | 73                        | 70     | 78     |
| Frankreich     | 66                        | 62     | 69     |
| Italien        | 51                        | 49     | 54     |
| Polen          | 74                        | 73     | 75     |
| Großbritannien | 48                        | 45     | 51     |
| Griechenland   | 46                        | 43     | 50     |
| Portugal       | 59                        | 55     | 63     |
| Irland         | 69                        | 70     | 69     |

\* Zur Fragestellung siehe Tabelle 2.15

Quelle: Standard Eurobarometer 78 (Die Europäische Bürgerschaft).

## 2.5 Zukunft der Europäischen Union

Die Frage, in welche Richtung sich die EU zukünftig entwickeln soll, ist Gegenstand politischer wie wissenschaftlicher Kontroversen. Soll die Union ein „Staatenverbund“ bleiben, bei dem die Mitgliedstaaten „Herren der Verträge“ sind, oder soll sie die Gestalt eines Bundesstaates annehmen mit geteilter Souveränität der Mitgliedstaaten? Im Herbst 2012 plädierte der EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso in seiner jährlichen Rede zur Lage der Union für eine zukünftige „Föderation der Nationalstaaten“ in Europa. „Er wolle keinen Superstaat, hob Barroso hervor, sondern eine Union, die mit den Mitgliedstaaten zusammenarbeite, nicht gegen sie.“<sup>41</sup> Im Auftrag der Kommission hat Eurobarometer die Meinung der europäischen Bevölkerung dazu im Rahmen der Herbstumfrage 2012 erforscht – und eine klare Absage erhalten. Im Durchschnitt stimmten lediglich gut zwei Fünftel für dieses Zukunftsmodell, ein Drittel lehnte es ab und immerhin ein Fünftel sah sich nicht in der Lage, diese Frage zu beantworten (vgl. Tabelle 2.17).<sup>42</sup>

41 FAZ vom 12.09.2012 (<http://www.faz.net/-gq4-72sc9>).

42 Es stellt sich hier allerdings die Frage, ob die Befragten, die für oder gegen einen Bund von Nationalstaaten gestimmt haben, darüber auch tatsächlich ausreichend informiert waren. Die methodische Grundregel, dass Fragen auf Informationen abzielen müssen, über die die Befragten auch verfügen, scheint mir hier verletzt.

Tabelle 2.17: Entwicklung der EU zu einem Bund von Nationalstaaten nach Geschlecht (in Prozent)

|             | „Die EU sollte sich weiter zu einem Bund von Nationalstaaten entwickeln.“ |        |        |                           |        |        |            |        |        |
|-------------|---------------------------------------------------------------------------|--------|--------|---------------------------|--------|--------|------------|--------|--------|
|             | Gesamt „stimme zu“                                                        |        |        | Gesamt „stimme nicht zur“ |        |        | Weiß nicht |        |        |
|             | EU-Gesamt                                                                 | Frauen | Männer | EU-Gesamt                 | Frauen | Männer | EU-Gesamt  | Frauen | Männer |
| Herbst 2012 | 44                                                                        | 40     | 48     | 35                        | 34     | 36     | 21         | 26     | 16     |

Quelle: Standard Eurobarometer 78.

Im Vergleich der Mitgliedstaaten untereinander fand das Modell eines Bundes von Nationalstaaten allein in sechs Staaten eine Mehrheit, und zwar in Frankreich, Österreich, Polen, der Tschechischen Republik, der Slowakei und Zypern. Mehrheitlich abgelehnt wurde es dagegen in den nordeuropäischen Staaten (Dänemark, Finnland, Schweden) sowie in Großbritannien.<sup>43</sup>

**Unter den Frauen ist die Befürwortung einer europäischen Föderation zudem deutlich geringer ausgeprägt als unter den Männern (Frauen: 40 Prozent; Männer 48 Prozent);** zugleich sahen sich erheblich mehr Frauen als Männer nicht imstande, die Frage zu beantworten (Frauen: 26 Prozent; Männer: 16 Prozent).

Auch an dieser Stelle präsentiert Eurobarometer die Umfrageergebnisse nach Geschlecht getrennt für die sechs größten EU-Staaten sowie die drei von der Krise besonders betroffenen Staaten. In allen neun Ländern liegen die Zustimmungssanteile der Männer über denen der Frauen. Die größten Geschlechterdifferenzen zeigen sich dabei für Spanien (15), Frankreich (10), Italien und Griechenland (jeweils 9) sowie Großbritannien (8 Prozentpunkte), die niedrigsten für Deutschland und Portugal (jeweils 2 Punkte) (vgl. Tabelle 2.18).

43 Vgl. EB 78.

Tabelle 2.18: Entwicklung der EU zu einem Bund von Nationalstaaten nach Ländern und Geschlecht (in Prozent)

|                | Antwort: Gesamt „stimme zur“ |        |        |
|----------------|------------------------------|--------|--------|
|                | Gesamt                       | Frauen | Männer |
| EU-27          | 44                           | 40     | 48     |
| Deutschland    | 46                           | 45     | 47     |
| Spanien        | 47                           | 40     | 55     |
| Frankreich     | 55                           | 50     | 60     |
| Italien        | 42                           | 37     | 46     |
| Polen          | 63                           | 60     | 64     |
| Großbritannien | 24                           | 20     | 28     |
| Griechenland   | 44                           | 40     | 49     |
| Portugal       | 44                           | 43     | 45     |
| Irland         | 35                           | 33     | 37     |

\* Zur Fragestellung siehe Tabelle 2.17

Quelle: Standard Eurobarometer 78.

Hinsichtlich der generellen Beurteilung der Zukunft der EU ist die europäische Bevölkerung gespalten: Knapp die Hälfte blickt 2012 *optimistisch* (49 Prozent) und gleichfalls knapp die Hälfte (48 Prozent) *pessimistisch* in die Zukunft. Männer und Frauen sind sich in dieser Einschätzung jeweils einig. Im Zeitverlauf ist der Anteil der „Optimisten“ allerdings regelrecht abgestürzt (2007: 66 Prozent), während sich der Anteil der „Pessimisten“ nahezu verdoppelt hat (2007: 26 Prozent) (vgl. Tabelle 2.19).

Zu den konkreten Erwartungen von Frauen an die EU gehört schließlich aber auch, dass die Themen beziehungsweise Politikbereiche, die für sie – im Unterschied zu den Männern – besonders wichtig sind, stärker von der EU berücksichtigt werden. Hierzu zählen die Gleichstellung der Geschlechter in Wirtschaft und Politik, Verbraucher- und Gesundheitsschutz, Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, die Zukunft der Renten, Erziehungsfragen sowie der Schutz der Menschenrechte in der Welt.<sup>44</sup> Insgesamt wünschen sich die Europäerinnen somit ein **sozialeres Europa** und damit zugleich auch „eine andere EU, eine Union mit einer Sozialagenda.“<sup>45</sup>

44 Vgl. Europäisches Parlament 2010: 2.

45 Ebd.: 9.

Tabelle 2.19: Einschätzung der Zukunft der Europäischen Union nach Geschlecht (in Prozent)

|               | „Würden Sie sagen, dass Sie die Zukunft der Europäischen Union sehr optimistisch, ziemlich optimistisch, ziemlich pessimistisch oder sehr pessimistisch sehen?“ |        |        |                        |        |        |            |        |        |
|---------------|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|--------|--------|------------------------|--------|--------|------------|--------|--------|
|               | Gesamt „optimistisch“                                                                                                                                           |        |        | Gesamt „pessimistisch“ |        |        | Weiß nicht |        |        |
|               | EU-Gesamt                                                                                                                                                       | Frauen | Männer | EU-Gesamt              | Frauen | Männer | EU-Gesamt  | Frauen | Männer |
| Herbst 2007   | 66                                                                                                                                                              | 62     | 70     | 26                     | 28     | 23     | 8          | 10     | 7      |
| Herbst 2009   | 66                                                                                                                                                              | 63     | 69     | 27                     | 28     | 25     | 7          | 9      | 6      |
| Frühjahr 2011 | 58                                                                                                                                                              | 55     | 60     | 36                     | 38     | 35     | 6          | 7      | 5      |
| Frühjahr 2012 | 49                                                                                                                                                              | 48     | 49     | 48                     | 46     | 46     | 5          | 6      | 5      |

Quelle: Eigene Zusammenstellung nach Standard Eurobarometer 68, 72, 75, 77.

## 2.6 Zusammenfassung

Es stand schon einmal besser um die Europäische Union. Die Ausführungen in diesem Kapitel belegen zweifelsfrei, dass sich die Union 2012 in einer gravierenden Akzeptanz- und Vertrauenskrise befindet. Während einer vergleichsweise kurzen Zeitspanne von fünf beziehungsweise drei Jahren, ist die europäische Bevölkerung zunehmend auf Distanz zur EU gegangen. Für nahezu alle Einstellungsdimensionen, die hier vorgestellt wurden, zeichnet sich ein klarer Rückgang der zuvor deutlich positiveren Einschätzungen ab. Alarmierend ist insbesondere, dass das breite Fundament einer mehrheitlichen Akzeptanz der EU-Mitgliedschaft nicht mehr gegeben ist.

Dieser Abwärtstrend ist in der Tendenz bei Frauen und Männern gleichgerichtet. **Gleichwohl bestehen zum Teil beträchtliche Niveauunterschiede zwischen den Geschlechtern, die auf eine anhaltend größere Europaskepsis der Frauen hinweisen.** Im Vergleich zu Männern haben Frauen im Durchschnitt ein weniger positives Bild von der EU und sind mit der europäischen Demokratie zugleich weniger zufrieden; ihr Vertrauen in die EU und insbesondere in die europäischen Institutionen fällt deutlich geringer aus, und auch ihre allgemeine Verbundenheit mit der EU, ihre Unterstützung der EU-Mitgliedschaft und der Unionsbürgerschaft sind erkennbar geringer ausgeprägt.

Mit einer Erklärung für diese Geschlechterunterschiede dürfte in dem begrenzten Kenntnisstand von Frauen über die Strukturen und Entscheidungsprozesse der

EU liegen. So fällt nicht nur das politische Interesse von Frauen im Vergleich zu den Männern geringer aus, sondern auch beim subjektiven wie objektiven Wissen über die EU sind sie „unterlegen“. Folglich sahen sich Frauen in den Umfragen oftmals weniger als Männer in der Lage, die Fragen zu beantworten.

Gleichwohl versteht auch unter den Männern nur eine knappe Mehrheit die Funktionsweise der EU. Dieses Ergebnis stellt den bisherigen Bemühungen um die politische Bildung der europäischen Bevölkerung ein schlechtes Zeugnis aus. Zwar gibt es durchaus ein breites und vielfältiges Informationsangebot über die EU (print wie online), doch nur ein kleiner Teil der Bevölkerung nimmt dieses demnach auch zur Kenntnis. Insofern stehen alle an der politischen Bildung Beteiligten vor der Aufgabe, ihre Konzepte der Politikvermittlung zu überdenken und neue Strategien zu entwickeln, um die Bürger und insbesondere die Bürgerinnen Europas stärker für die offenkundig komplizierten Strukturen wie Inhalte der europäischen Politik zu interessieren und ihr Wissen zu erweitern.

Ein weiterer wichtiger Grund für die größere Europaferne der Frauen liegt in dem berechtigten Gefühl, dass insbesondere ihre sozialpolitischen Interessen seitens der EU zu wenig berücksichtigt werden. Insofern ist die EU gefordert, eine europäische Sozialagenda zu entwickeln und konsequent umzusetzen. Da die Organe der EU allerdings sämtlich von Männern dominiert sind, dürfte das keine leichte Aufgabe darstellen.<sup>46</sup>

Wie die an einigen Stellen präsentierten Länderergebnisse darüber hinaus zeigen, verbergen sich hinter den europäischen Durchschnittswerten oftmals erhebliche Unterschiede zwischen den einzelnen Mitgliedstaaten beziehungsweise Regionen. Zugleich bestehen innerhalb der Länder teilweise markante Unterschiede in den Einstellungen von Frauen und Männern zur EU. **Diese länder- wie geschlechtsspezifische Heterogenität der politischen Kultur der Mitgliedstaaten bedeutet für die Weiterentwicklung der EU zweifellos eine große Herausforderung.** Soll das europäische Integrationsprojekt nicht scheitern, dann müssen die politischen Eliten die Bedenken der Bürgerinnen und Bürger ernst nehmen und *gemeinsam* tragfähige Vorstellungen zur zukünftigen Gestalt der EU entwickeln. Die Politikwissenschaft kann hierzu einen wichtigen Beitrag leisten, indem sie die Einstellungsmuster der europäischen Bevölkerung aus der bislang vernachlässigten Geschlechterperspektive näher erforscht und insbesondere den Gründen der besonderen Europaskepsis von Frauen verstärkt nachgeht.

---

46 Vgl. hierzu die Kapitel 4 und 5.

Frauen und das institutionelle Europa  
Politische Partizipation und Repräsentation im  
Geschlechtervergleich

Hoecker, B.

2013, X, 193 S. 10 Abb., Softcover

ISBN: 978-3-531-18429-6